ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Strukturreform und Wirtschaftsexpansion: 2. am Beispiel des Blaubuchs der Fédération des Industries Belges

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1961) : Strukturreform und Wirtschaftsexpansion: 2. am Beispiel des Blaubuchs der Fédération des Industries Belges, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 41, Iss. 1, pp. 41-44

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/133077

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

landwirtschaftlichen Bodenverhältnisse erschwert wird. Das gleiche gilt für die schlechte Regelung der Arbeits- und Ruhezeit, die in großen Städten zu so störenden wie kostspieligen Verkehrsspitzen führt.

Verzerrung der Gestehungskosten und Preise

Für die Verzerrungen der Gestehungskosten und der Preise ist weitgehend die offizielle Tarifpolitik verantwortlich. Zahlreiche vorübergehende Erfordernisse der Kriegs- und Mangeljahre wurden unnötig beibehalten. Ein Musterbeispiel ist die willkürliche Blockierung der Mieten, wovon sich Frankreich neuerdings ziemlich energisch und erfolgversprechend befreit. Mit dem Tarifwesen verbunden ist andererseits die immer noch erwartete Koordinierung der Transportmittel, eine Frage, die nicht nur in Frankreich ungelöst blieb und als Ursache zahlreicher Subventionen sowie künstlicher Tariffestsetzungen fortbesteht. Hierzu kommen Subventionen, die als Prämien für mangelnde Produktivität angesehen werden müssen, d. h. künstlich die eine oder die andere Wirtschaftsgruppe am Leben erhalten. Auch das Steuer- und Sozialsystem begünstigt zu stark wenig leistungsfähige Wirtschaftssubjekte. Der Kleinhandel wird so durch eine Sonderbesteuerung der Warenhäuser und Filialbetriebe geschützt. Hiermit leistet man der wirtschaftlichen Expansion einen schlechten Dienst.

Ungleichheiten in der wirtschaftlichen Entwicklung

Als Beispiele für die Ungleichheiten in der Entwicklung erwähnt der Bericht die Landwirtschaft, deren Produktivität und strukturelle Neuordnung stark zu wünschen übrig lassen, ferner die Schwächen des französischen Warenverteilungsapparates, die ungenügende Anpassung der öffentlichen Verwaltung an die Erfordernisse einer modernen Wirtschaft und schließlich die in Frankreich besonders ausgeprägten regionalen Unterschiede mit starken Zusammenballungen in wenigen, menschlich und industriell überlasteten Bezirken.

Konservative und stagnierende Geisteshaltung

Der Bericht erklärt schließlich die Verknöcherung der Strukturen durch eine unbefriedigende psychologische Einstellung zum Fortschritt, d. h. durch ein konservatives Festhalten an den Gewohnheiten. Frankreichs Verknüpfung mit der Tradition ist hinreichend bekannt. Hierzu kommen die verschiedensten Interessengruppen, ferner ein mangelndes Verständnis für die Wirklichkeit des 20. Jahrhunderts, verstärkt durch ungenügende Information und ein Erziehungssystem, das mit der heutigen Technik nur teilweise in Einklang zu bringen ist.

Die wichtigsten Vorschläge des französischen Reformausschusses

Es würde zu weit führen, auf die Einzelheiten der Vorschläge des französischen Reformausschusses einzugehen. Nur wenige wichtige Punkte seien abschließend und zusammenfassend hervorgehoben. Die Sachverständigen empfehlen der Regierung, für eine möglichst große Geschmeidigkeit der Wirtschaftsregeln und der Gesetzgebung Sorge zu tragen, d. h. alle Bestimmungen, die zur unbedingten Wahrung einmal geschaffener Verhältnisse führten, zu beseitigen. Es wäre ferner erforderlich, die Preise genau nach den Gestehungskosten zu richten, besonders im Transportwesen und in der staatlich kontrollierten Grundindustrie. Im Interesse eines harmonischen Wachstums wird empfohlen, die vorhandenen produktiven Mittel so rationell wie nur möglich auszunützen, z. B. durch Normung, Produktivität, sinnvolle Warenverteilung, die Verringerung von Verlusten an menschlicher Arbeitskraft (zu langer Weg zum Arbeitsplatz, verstopfte Verkehrsmittel usw.). Ferner wird geraten, ein möglichst gutes Gleichgewicht zwischen den einzelnen Bezirken des Landes herzustellen und die menschlichen Beziehungen zwischen Verwaltung und Wirtschaft zu verbessern. Besonderes Gewicht legt der Bericht schließlich auf die Vervollkommnung der Wirtschaftsstatistik, da eine moderne Wirtschafts- und Expansionspolitik nicht mehr möglich ist ohne genaue Kenntnis der jeweiligen Gegebenheiten. Der Staat müßte hierzu ebenso seinen Beitrag leisten wie die Wirtschaft, von der man eine größere Informationsbereitschaft in ihrem eigenen Interesse fordert.

Der französische Ausschuß gelangt auf diese Weise zumindest indirekt zu der Anerkennung einer gewissen Wirtschaftsplanung, einer ständigen synthetischen Bilanz und Vorschau, die den größeren Rahmen von Entwicklung und Expansion nicht mehr dem Zufall überläßt. Diese Gedanken entsprechen der in Frankreich auch von liberalen Kreisen gebilligten losen Wirtschaftsplanung als Werk einer engen Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Wirtschaft, damit der freie Unternehmer weiß, in welchem Sinne er ohne übertriebenes Risiko seine Investitionen vornehmen kann. Französische Sachverständige prägten hierfür den Begriff der konzertanten Wirtschaft.

II. am Beispiel des Blaubuchs der Fédération des Industries Belges

von einem Korrespondenten aus Brüssel

Das Blaubuch der Fédération des Industries Belges „15 Jahre industrieller Fortschritt" ist gerade zu einem Zeitpunkt herausgekommen, da die Kongokatastrophe und die sich daran knüpfenden Ereignisse eine deutliche Zäsur für die politische und wirtschaftliche Situation des Landes geschaffen haben. Das Blaubuch beginnt zunächst mit der Feststellung, daß das Durchschnittseinkommen des belgischen Staatsbürgers heute in realer Kaufkraft um ein Drittel das der Vorkriegszeiten überschritten hat. Mit Stolz weist man darauf hin, daß das reale Einkommen der Arbeiter — eines Verheirateten mit zwei Kindern — heute sogar um 50 % höher ist als vor dem Kriege. Und die Zweischneidigkeit dieser Situation ergibt sich daraus, daß die realen Kosten einer Stunde Arbeitsleistung heute um 75 % über der Vorkriegszeit liegen.

Man kann das auch anders ausdrücken: Im Vergleich zu den Jahren 1936-38 sind die Kosten der Arbeitsstunde (in nominalen Beträgen ausgedrückt) nahezu auf das 8fache gestiegen. Sieht man von der Sondersituation der Kohle ab, so haben demgegenüber die Verkaufspreise für die meisten Industrieprodukte nur um das 5½fache zugenommen; bei bestimmten Textilstoffen und beim elektrischen Strom sowie bei Düngemitteln ist es nur das 3½fache.

Vorkriegsniveau wurde früh aufgeholt

Man wird diese Angaben ein wenig vorsichtig betrachten müssen. Wollte man sie auf den ersten Blick als verblüffendes Beispiel für die Verbesserung des Lebenshaltungsniveaus ansehen, so würde man vergessen, daß die Ausgangsbasis 1938 nicht besonders günstig war. Die belgische Industrieproduktion ist zwar in der Nachkriegszeit erheblich gewachsen; sie hat vor allem den Vorteil genossen, daß sie wenig Kriegszerstörungen aufzuweisen hatte und damit einen relativ raschen Aufstieg verzeichnen konnte; so wurde das Niveau von 1938 bereits 1946/47 überschritten, als die Produktion anderer Länder noch relativ darniederlag. Bis zum Höhepunkt im Jahre 1957 ist dann die belgische Produktion gegenüber dem Niveau von 1938 um rund 70 % gewachsen. Dann aber erlebte sie einen Einbruch um etwa 8 %, der erst im Herbst 1959 wieder aufgeholt wurde. Vergleicht man die Entwicklung seit 1953, so ist Belgien hinter seinen Nachbarn im Gemeinsamen Markt deutlich zurückgeblieben; gegenüber einem Durchschnittswachstum um 60 % für 1959 im Gemeinsamen Markt, bzw. 80 % im Frühsommer 1960 hatten die Belgier nur 20 bzw. 30 % aufzuweisen.

Nun wird man diese gesamte Entwicklung nur dann richtig würdigen, wenn man bedenkt, daß das belgische Produktionsniveau im Jahre 1938 um mehr als ein Viertel unter dem Höhepunkt von 1929 lag; selbst wenn man den Durchschnitt von 1936—1938 als Basis nimmt, so erreicht das Niveau immer noch nicht neun Zehntel des Höchststandes des letzten Höhepunktes der Weltkonjunktur. Insofern ergibt sich also ein etwas schiefes Bild, wenn man aus den Ziffern des Industrieverbandes automatisch auf eine außerordentliche Verbesserung des Produktions- und Lebensniveaus gegenüber der Vorkriegszeit schließen wollte.

Dennoch ist nicht zu leugnen, daß gewisse Verbesserungen erzielt wurden; und richtig ist es vor allem, wenn der Bericht des Industrieverbandes daraufhinweist, daß vor allem die Arbeitsbedingungen eine günstigere Gestaltung erfuhren: Verkürzung der Arbeitstage, längerer Urlaub, verbesserte Sozial- und Altersversicherung.

Auch hier kann sich wieder gar zu leicht Verwunderung ergeben, daß trotz dieser Verbesserungen das soziale Klima in Belgien — wie die letzten Ereignisse beweisen — nicht besonders günstig gestimmt zu sein scheint. Hier spielen sicherlich nicht nur gewisse Mentalitätsunterschiede eine Rolle; noch immer liegt beispielsweise der übliche Jahresurlaub wie auch die Zahl der offiziellen Feiertage im Jahr — sieht man vom öffentlichen Dienst ab — deutlich unter dem Schnitt der übrigen Länder. Bezeichnend ist vielleicht auch, daß die Altersversicherung nur Angestellte mit einem Einkommen bis zu DM 420,— monatlich erfaßt, in Deutschland dagegen bis zu DM 1250,—; in Frankreich, Italien und den Niederlanden wird die Masse der Arbeitnehmer ohne wesentliche Begrenzung erfaßt. Die Krankenversicherung ist in Belgien, nicht zuletzt im Hinblick auf die sehr hohen Arztkosten, nicht zum besten bestellt. Andererseits werden die Familienbeihilfen in ihrer Höhe nur noch von Luxemburg erreicht; sie beginnen mit fast DM 40,— für das erste Kind und liegen beim zweiten Kind mit rund DM 80,— fast beim doppelten der französischen Sätze, vom dritten Kind ab allerdings sind sie nur um etwa ein Fünftel höher.

Das Problem der hohen Lohnkosten

Alles in allem läßt sich nicht leugnen, daß das Lohnniveau mindestens für die Arbeiter recht hoch ist im Vergleich zu den übrigen Industrieländern. Bis 1958 jedenfalls lag der Durchschnittsstundenlohn mit etwa 30 bfrs fühlbar über dem der Bundesrepublik mit DM 2,28 und dem Frankreichs mit NF 1,86. Der belgische Industrieverband weist daraufhin, daß vor 1940 der reale Jahresverdienst des belgischen Arbeiters ungefähr dem seiner Nachbarn entsprach; man hätte auch sagen können, daß er damals (mindestens nach den Berechnungen des Internationalen Arbeitsamtes für 1928) um mindestens ein Zehntel und mehr unter dem Frankreichs und Deutschlands, ganz erheblich aber unter dem Hollands, lag. Heute — so betont der Industrieverband in vorsichtiger Formulierung — läge das belgische Realniveau über dem seiner Nachbarn.

Es ist richtig, daß nach der Montanunion die belgischen Löhne bei verheirateten Arbeitern mit Kindern noch 1958 im Bergbau um etwa 10—20 % über denen Frankreichs bzw. Deutschlands lagen; bei ledigen Arbeitern war der Unterschied etwas geringer, ebenso bei Stahlarbeitern. Im Hinblick auf vergleichbare Lohnkosten ergaben Berechnungen des französischen Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques, daß Belgien in der Tat bis Oktober 1956 in Europa zu den vier Ländern mit den höchsten Kosten für die Arbeitsstunde zählte. Damals wurde es noch um 5 % von Frankreich übertroffen. Nach den Ziffern des gleichen Instituts für 1959 hat sich das Bild etwas verschoben: berücksichtigt man die sozialen Lasten nicht, dann liegt Belgien allerdings um rund 20 % über den französischen Lohnkosten und immer noch um 4 % über den deutschen. Berücksichtigt man die sozialen Lasten, so vermindert sich der belgische Abstand gegenüber Frankreich auf 3 %, und die Lohnkosten sind dann hier sogar um etwa 5 % niedriger als in Deutschland. Man sieht: das Argument der hohen Lohnkosten erscheint im Lichte dieser französischen Untersuchungen etwas problematisch.

Allerdings bleibt das Argument der hohen Lohnkosten gegenüber Holland, gegenüber Italien und einer Reihe anderer Wettbewerber auf dem Weltmarkt im Prinzip bestehen. Dieses gilt insbesondere bei bestimmten Einzelbranchen. So soll nach den Untersuchungen

des Lombardischen Industrieverbandes in Mailand der Durchschnittsstundenlohn unter Berücksichtigung der sozialen Kosten in Belgien in der Elektroindustrie um um fast ein Drittel über dem der Bundesrepublik und um rund ein Viertel über dem Frankreichs liegen; in der Metallindustrie generell soll der Abstand zur Bundesrepublik noch mehr als 15 % betragen, wenngleich er gegenüber Frankreich fast verschwindet. Für die Textilindustrie im Jahre 1957 hat der Verband der deutschen Textilindustriellen berichtet, daß der Stundenlohn in Belgien um 9 % über dem deutschen und um 5 % über dem französischen liegt. Bei all diesen Berechnungen wird man berücksichtigen müssen, daß seit 1958 mindestens in der Bundesrepublik eine etwas stärkere Steigerung des Lohnniveaus eingetreten ist als in Belgien.

Kompensationsfaktoren

Imerhin läßt sich mit Recht behaupten, daß für ein Land wie Belgien in seiner Abhängigkeit vom Außenhandel die relativ erhöhten Lohnkosten eine erhebliche Belastung darstellen. Dabei vergißt man aber wohl, daß andere Kostenfaktoren entsprechend niedriger ausfallen: das gilt mindestens für die Steuerbelastung, die anerkanntermaßen in Belgien im Rahmen der Gemeinschaft relativ am geringsten ist: der Anteil der Steuerbelastung am Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen liegt in fast allen Ländern der Gemeinschaft um bzw. über 30 %, in Belgien dagegen unter einem Viertel.

Wie dem nun auch sein mag, der Industrieverband zieht aus dieser Sachlage den im Prinzip nicht unrichtigen Schluß, daß das relativ hohe Lohnniveau in Belgien nur durch intensive Rationalisierung aufgewogen werden konnte, wenn man die nicht allzu bedeutsame Wachstumsrate von etwa 3 % pro Jahr in der Industrieproduktion aufrechthalten wollte. Eine solche Wachstumsrate erscheint als relativ ausreichend, wenn man bedenkt, daß die belgische Bevölkerung nur um 8 % über 1939 liegt, während die Bevölkerung der Niederlande um mehr als ein Viertel und die der Bundesrepublik um fast ein Drittel gewachsen ist. Aber diese Rate ist seit 1957 nicht mehr voll eingehalten worden.

Ungleiche Streuung der Arbeitslosigkeit

Es mag dahingestellt bleiben, ob die im Vergleich zu den Nachbarländern relativ hohe Arbeitslosenquote mit dieser verstärkten Rationalisierungstendenz im Zusammenhang steht. Dabei ist es nicht so sehr der Gesamtdurchschnitt der Arbeitslosigkeit von etwa 5 % der Beschäftigten, der sozialpolitische Schwierigkeiten verursacht, als vielmehr die regionale Streuung.

In dieser Hinsicht ist eine Broschüre interessant, die in diesen Tagen das staatliche Arbeitsamt herausgegeben hat. Gerade im Hinblick auf die augenblicklichen Streikbewegungen mit autonomistischen Tendenzen, die im wallonischen Bereich besonderen Auftrieb gewannen, ist die Tatsache bemerkenswert, daß der Prozentsatz der Arbeitslosen im flämischen Gebiet im Gesamtdurchschnitt eigentlich größer ist: auf die Arbeitnehmerschaft nach der Zählung von 1947 bezogen beträgt sie im flämischen Gebiet 8 %, im wallonischen 4,5 % und im Brüsseler Raum 3,5 %. Betrachtet man die Aufgliederung nach Branchen, so findet sich hierfür die Erklärung: denn in der Landwirtschaft und bei den Hafenarbeitern sind mehr als ein Viertel der Arbeitsfähigen arbeitslos, in der Diamantindustrie, im Hotelgewerbe, der Leder-, Bekleidungs-, Textil- und Holzindustrie fast ein Sechstel. Bei der Bauindustrie und im Verkehrswesen beträgt der Prozentsatz 14 % und im Schiffsbau 12 %. Ein Großteil dieser Industrien hat ihren Schwerpunkt jedoch im flämischen Bereich bzw. an der Küste

Auf der anderen Seite kann man nicht leugnen, daß diejenigen Arbeiter, die im Bergbau arbeitslos sind, zu drei Vierteln in bestimmten wallonischen Gebieten (der Borinage) konzentriert sind. Auch zwei Drittel der arbeitslosen Glasarbeiter und die Hälfte der Arbeitslosen in der Keramik befinden sich im wallonischen Bereich. Andererseits beträgt der Prozentsatz der Arbeitslosen zu den Beschäftigten im Bergbau, der Glasindustrie und Keramik jeweils nur 4,5 und 8 %. Bei der Industrie der Steine und Erden beträgt dieser Satz allerdings 14 %, und neun Zehntel dieser Arbeitslosen befinden sich im wallonischen Gebiet. Dafür haben die Flamen eine ähnliche Konzentration bei den Diamant-, Textil- und Tabakarbeitern, im Schiffbau und bei den Hafenarbeitern aufzuweisen. — Bei Bewertung dieser Ziffern wird man beachten müssen, daß die Zahl der Berufstätigen seit 1947 gestiegen ist, so daß die Prozentziffern überhöht erscheinen.

Man kann vielleicht sagen, daß für die Zukunft sich die absteigende Komponente mehr für den wallonischen Bereich bemerkbar macht; das klassische Beispiel hierfür ist der Bergbau. Und im übrigen steht schon seit dem vorigen Jahrhundert neben einer permanenten Abwanderung der Wallonen nach Brüssel und ins flämische Gebiet eine erhebliche demographische Unterlegenheit der wallonischen Bevölkerung. Läßt man den Brüsseler Raum außer acht, gab es bis 1870 noch fast ebenso viele Wallonen wie Flamen; 1939 war das Verhältnis schon 3 : 4,2 Mill. und für 1980 läßt sich ein Verhältnis von 1 : 2 voraussehen. Besonders negativ für die Dynamik im wallonischen Gebiet wirkt sich die Altersgliederung aus: in Flandern ist noch jeder vierte Einwohner unter 15 Jahre alt, in der Wallonie kaum jeder siebente. Aber eigentlich können sich die Wallonen nicht so sehr beschweren: sagt man doch, die Flamen lieferten in Belgien die Babies, und die Wallonen brächten ihnen Französisch bei!

Unleugbare Produktivitätssteigerungen

Die Tragik Belgiens ist vielleicht, daß gerade der Kohlenbergbau, der angesichts der an sich sehr ungünstigen Kostenlage der Schrumpfung nicht entgehen kann, ganz erhebliche Produktivitätsfortschritte aufzuweisen hat. In seinem Blaubuch weist der Industrieverband darauf hin, daß z. B. das Campinerevier einen besonders hohen Prozentsatz voll mechanisierter Abbauanlagen aufzuweisen hat: 46 % im Vergleich zu 20 % im Durchschnitt der Montanunion.

Im Abstützungsverfahren und vielen anderen Bereichen hat man unter Tage in Belgien Hervorragendes ge-

leistet. Das ändert aber nichts daran, daß die Kohle vielfach auf Halde geht. In der Elektroindustrie hat man seit 1953 Kostensenkungen von 12 % erreicht; das belgische Verbraucherniveau an Strom liegt pro Arbeiter um 20 % über dem Stromverbrauch der anderen Länder des Gemeinsamen Marktes einschließlich England. Ähnliche Fortschritte lassen sich auf vielen anderen Gebieten nachweisen: angesichts des hohen Kostenniveaus ist es anerkennenswert, wenn in der Bauindustrie die Kosten pro qm bei Wohnblöcken bis auf etwa DM 330 heruntergedrückt werden konnten. Der Tiefbau hat besonders im Brüsseler Raum angesichts der Weltausstellung geradezu Triumphe gefeiert; und im Schiffbau kann man selbst Tanker von 50 000 t herstellen. Die belgische Schiffahrt ist über die Schiffahrtskrise relativ gut hinweggekommen. Nur 2 % ihre Tonnage war Anfang 1959 stillgelegt gegen 6 % im Weltmaßstab. Im übrigen liegt der Schwerpunkt Belgiens in der verarbeitenden Industrie; hier ist das Land bei Textilwaren, im Fahrzeugbau, selbst in der chemischen und Glasindustrie durchaus wettbewerbsfähig geblieben. Und die Waffenindustrie, die durch die NATO einigen Auftrieb bekommen hat, rühmt sich, daß 80 % aller in die USA importierten Jagdflinten von ihr geliefert werden.

Die Kongo-Wunde

Dafür scheint der andere große Jagdgrund, der Kongo, unwiderruflich verloren. Man hat darauf hingewiesen, daß der Verlust zu verschmerzen sei; denn nur etwa 5 % des belgischen Volkseinkommens und 4,9 % des Exports seien davon abhängig. Aber die Belastung des belgischen Staatsbudgets und vor allem auch der Währungslage darf nicht unterschätzt werden.

Unmittelbar verliert die belgische Regierung an Steuereinnahmen aus dem Austausch mit dem Kongo schon rund 3 Mrd. bfrs pro Jahr, und ebensoviel kostet etwa die Bedienung der Kongoanleihen, die Belgien garantiert hat. Auf ein Budget von rund 100 Mrd. bfrs bedeutet das allerdings erst ein Defizit von 6 Mrd. bfrs.

Andererseits ist zu bedenken, daß Belgien in den letzten 5 Jahren rund 66 Mrd. bfrs, d. h. fast 5½ Mrd. DM an Einkünften aus dem Kongo bezogen hat, wovon nur ⅙ wieder im Kongo investiert wurde. Die Stärke des Franc rührte aus diesem Einströmen von mehr als einer Milliarde DM pro Jahr her, von denen die Belgier die Hälfte wieder im Ausland — nicht im Kongo — investierten. Man weiß noch nicht, wieviel Belgien laufend in den bodenlosen Topf der Kongoverwaltung hineinschütten muß. Das Austerity-Programm, das in der berühmten und berüchtigten „loi unique" in diesen Tagen zu sehr heftigen Auseinandersetzungen Anlaß gegeben hat, ist letztlich ein Versuch, um die Stärke des belgischen Franc dem Ausland gegenüber zu retten. Die monetäre Position ist an sich angesichts der erheblichen Reserven noch immer recht stark; aber wenn man bedenkt, daß die Kapitalbildung Belgiens zweifellos mit Wegfall der jährlichen Kongo-Milliarden leiden muß, so bliebe bei Verzicht auf Steuer- und Sparmaßnahmen nur die Alternative, das ohnehin seit Jahren vorhandene Budgetdefizit noch zu vergrößern und damit durch inflationistische Tendenzen von innen her die politische Schwächung des belgischen Franc zu verstärken.

Der Bericht des belgischen Industrieverbandes schließt mit einer optimistischen Note und meint, daß für den Absatz belgischer Erzeugnisse durchaus erhebliche Möglichkeiten beständen, sofern der Protektionismus des Auslandes überwunden werden kann. Ein für die daran beteiligten kleinen Länder besonders wichtiges Instrument ist hier der Gemeinsame Markt.

Sicherlich hat Belgien in mancher Hinsicht das Element hoher Kosten nur durch intensive Rationalisierung und Modernisierung — sprich: durch Investitionen überwinden können. Dennoch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß zumindest in den alten Kohlenbezirken und manchen Industriezentren des Südens die Dynamik der Entwicklung größer wäre, wenn mehr im Inland investiert worden wäre. Wenn man zur Zeit die Befürchtung äußert, ausländische Investoren könnten durch die Streiks abgeschreckt werden, so gilt dies eigentlich mehr für den inländischen Kapitaleigner. Immerhin ist in der Vergangenheit die Hälfte des Betrages, der aus dem Kongo als Überschuß hereinkam, wieder vom belgischen Kapitaleigner im Ausland (nicht im Kongo) investiert worden. Die Eigner sind in beiden Fällen sicher nicht dieselben; und gerade das ist das Problem. Denn wenn die belgischen Kapitalträger in Zukunft ebensoviel im Ausland investieren wollten, so wird das nur möglich sein, wenn man Preis- und Lebensniveau im Binnenland niedrig hält. Das scheint hinter dem augenblicklichen Austerity-Programm zu stecken. Und letztlich steckt dahinter auch das Bestreben, die Parität des belgischen Franc unter allen Umständen zu halten: denn sonst würden zukünftige Auslandsinvestitionen und solche, die in Franc rückzahlbar sind, an Wert verlieren . . .

Es erweckt nicht den Anschein, als ob die volkstümliche Agitation gegen das Steuer- und Spargespenst der „loi unique" diesen Kernpunkt begriffen hätte. Aber die ganze gegenwärtige Malaise des Landes ähnelt doch sehr derjenigen, in der sich England in den zwanziger Jahren befand. Die Gründe dürften in beiden Fällen die gleichen sein: damals war das britische Pfund, heute ist der belgische Franc überbewertet. Die Alternative zu Austerity, Steuerschraube und regionaler Arbeitslosigkeit dürfte mindestens teilweise in einem Wort liegen: Abwertung. Das allerdings bedeutet: Steigen der Importpreise, die so wichtig sind für ein kleines Land — aber vielleicht würden diese inflationären Tendenzen von neu ausgelöster Dynamik überspielt, und die Inlandsinvestition erhielte neuen Auftrieb. Dann wären die Scherben der Streiktage — 520 Millionen bfrs soll jeder Tag gekostet haben, ein Viertel des täglichen Sozialprodukts — vielleicht nicht ganz sinnlos zerklirrt. Trotz aller gegenwärtigen Reserven erscheint es jedenfalls undenkbar, den Kapitalexport aufrechtzuerhalten, wenn die Quelle fehlt — nämlich der Kongo. Und man muß sich selbst fragen, ob es möglich sein wird, ohne unerträgliche Spannungen und weitere Lähmung der Binneninvestition die Zahlungsbilanz auf die Dauer auszugleichen.